

Unsere Handschrift

Der Oberbürgermeister hat heute den Doppelhaushalt 2017/2018 eingebracht. Er zeigt: Rot-grün-rot hat in den letzten zwei Jahren gut gewirtschaftet - Schwerpunkte wie das Sozialticket und die Vorbereitung des kommunalen Wohnungsbaus wurden angegangen und werden fortgesetzt - die Rücklagen der Stadt bleiben dennoch stabil. Die höchsten Investitionen in Schulen und Kitas seit 1990, zwei große Kulturprojekte - das ist Verpflichtung für die nächsten zwei Jahre. **André Schollbach:** "Unser Ziel besteht darin, alle zwischen LINKEN, Grünen, SPD und Piraten vereinbarten Projekte im Haushalt mit dem erforderlichen Geld zu untersetzen."

Haushalt eingebracht

Nichts geht mehr?



Frage von **Tilo Wirtz** in der Fragestunde: Gemäß Presseberichten soll am Altmarkt/Seestraße/Herbert-Wehner-Platz ein Spielcasino eröffnet werden. Die Adresse befindet sich im Geltungsbereich des vom Stadtrat beschlossenen Bebauungsplanes 135, der Vergnügungsstätten, wie Spielcasinos, nicht zulässt. Warum wurde hier eine Ausnahme gemacht?

Antwort der Verwaltung: Ein Casino im Café Prag sei dem Charakter des dortigen Umfeldes nicht abträglich. Und überhaupt: Die Sächsische Spielbanken GmbH haben sich schon seit den 90ern der Kanalisierung des Spielbedürfnisses ihrer Kunden verschrieben und garantierten mit einem breiten Angebot eine Alternative zu illegalen Glücksspielgeschäften.

RATSSPLITTER



Grundrecht Mobilität

Die Wohnquartiere in Trachenberge oberhalb der Maxim-Gorki-Straße brauchen eine bessere ÖPNV-Anbindung. Gemeinsam mit der CDU haben sich SPD und LINKE auf den Weg gemacht, erstmalig testweise einen Quartiersbus einzusetzen, dessen Möglichkeit nicht nur zu prüfen, sondern ihn tatsächlich fahren zu lassen. Für PIRATEN-Stadtrat **Martin Schulte-Wissermann** "ein erster Schritt zum Einsatz von Quartiersbussen auch in anderen Stadtteilen." Die von uns vorgeschlagene Erweiterung eines Quartiersbusnetzes auch auf weitere unterversorgte Wohngebiete setzte sich trotz Enthaltung der Grünen-Fraktion durch - ein wichtiger Schritt.



Dialog statt Verbot

Eigentlich gibt es einen normalen Ablauf. Einwohnerversammlungen sind ein formal beschriebener Bestandteil kommunaler BürgerInnenbeteiligung. Wie es auch die Einwohnerversammlung zum Alkoholabgabeverbot in der Neustadt war, die DIE LINKE durchgesetzt hatte. Normalerweise informiert die Stadtverwaltung über den Verlauf solcher Versammlungen, im Falle der Alkoholabgabe aber tat sie sich in der heute diskutierten Vorlage durch groteske Vorschläge vor, wie etwa mit dem Verbot von Glasflaschen täglich ab 22 Uhr. Rot-rot-grün setzte dem praktikable Vorschläge entgegen, so wie Pfandringe, besseres Streetworking, bessere Abfallentsorgungsmöglichkeiten, sowie die Fortführung der Initiative "Ordnung und Sauberkeit".